

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Dr. Wäckerle, Postfach 6. Fernsprechnummer: Nr. 24605, 24607, 26005. Persönliche Anstufung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,20 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Arbeiter insbesondere 0,45 RM. Wochenpreis 2,10 RM. durch Postkonto nummeriert 2,10 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 RM. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 80 Pf. im Belegblatt der 24. Nummer. Hauptverlag: Dr. Wäckerle, Postfach 6. Fernruf 24605, 24607, 26005. Postkontonummer 20319 Erfurt.

Das Treiben der „nationalen“ Harzburger Front gegen Hindenburg Wer wird Präsidentschafts-Kandidat?

Hindenburg, Fried oder Hitler?

In diesen Tagen wird sich entscheiden, ob sich Reichspräsident von Hindenburg bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl nochmals zur Wahl stellt oder nicht. Zahlreiche Namen vor allem aber außenpolitische Gründe sprechen für seine Wiederwahl. Kandidiert Herr von Hindenburg, dann wird er zweifellos mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Nazis und Deutschnationale sind im Augenblick eifrig dabei, Hindenburgs Wiederwahl unmöglich zu machen. Sie tragen deshalb auch schon seine Kandidatur zum Scheitern zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben in letzter Zeit zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten eine ganze Reihe von Verhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, daß die Parteileitung der Nazis am 2. Februar einen eigenen Kandidaten nominieren soll, und zwar entweder Hitler oder Fried.

Wahrscheinlich wird Fried aufgestellt, für den sich dann auch Hugenberg und somit die Deutschnationale Partei entscheiden wird.

Mit dieser Entscheidung Hugengbergs für Fried hofft man im Lager der Nazis und ihrer Verbündeten, die Kandidatur Hindenburgs durch dessen persönlichen Verzicht unmöglich gemacht zu haben. Man spekuliert dabei darauf, daß Hindenburg nicht gegen seine „einigen Wähler“ kandidieren dürfte. Abgesehen eine Spekulation, die ohne jeden Hintergrund ist. Ein großer Teil der Reichstages war vor sieben Jahren, als Hindenburg gewählt wurde, noch schupfisch, ein anderer Teil wählte damals als Kommunisten den kommunistischen Transportarbeiter Lehmann und von den deutschnationalen Wählern, die damals für Hindenburg stimmten, scharf sich heute ebenfalls nur noch ein Teil um Hugenberg.

Insoweit ist die Behauptung, daß Hindenburg für den Fall einer Kandidatur gegen die Nazis und die Deutschnationalen, gegen seine früheren Wähler kandidiert, eine Lüge.

Kein Zweifel, daß ihn Millionen und über Millionen seiner damaligen Wähler wiedergewählen würden und daß zu diesem Gros ebensojehle Millionen stoßen würden, die damals aus

außen- und innenpolitischen Bedenken für einen anderen Kandidaten stimmten, deren Bedenken aber in der Zwischenzeit durch die Amtsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg behoben worden sind.

Wie groß die Sympathien sind, die Hindenburg trotz der Intrigen der Nazis und Deutschnationalen nach wie vor im deutschen Volke genießt, dürfen in den nächsten Tagen zahlreiche Kundgebungen zeigen, an denen bekannte Persönlichkeiten aus allen Schichten ihrer Bevölkerung beteiligt sein werden. Mit Hindenburg ihren Äußerungen, nur weil Nazis und Hugenbergler in dieser Zeit der außenpolitischen Hochspannung ihre egoistischen Pläne wieder einmal über das Wohl der Befamtheit stellen?

Wer ist Fried?

Der Kandidat der Reaktion zur Reichspräsidentenwahl ist — wie gelangt aller Wahrscheinlichkeit nach Herr Fried. Wer ist das?

Herr Fried ist das Musterbild eines Feindes der Republik und ihrer Verfassung. Wegen aktiver Teilnahme am Hitler-Putsch im Jahre 1923 wurde er zu 1 Jahr 9 Monaten Festung verurteilt. Sein Gäh gegen die Verfassung hat seither nicht nachgelassen.

Herr Fried ist der typische Vertreter des Untertages in der NSDAP. Am 27. Januar 1928 hielt Fried im Reichstag eine Rede zugunsten der Femeemörder. Er verlangte eine Amnestie für die Rathenau- und Erzberger-Mörder. Dabei führte er aus:

„Die Schuld der Schulz und Tilsen liegt federleicht gegenüber den indolentesten Verbrechen, die die Erzberger und Genossen gegen das deutsche Volk begangen haben.“

Er beschimpfte weiter den ermordeten Erzberger, den ermordeten Rathenau und verlangte beim Anzuge gegen Landesherrn und Volksverräter gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Scheidemann und Töbe. Zum Schluß beschimpfte er die Republik, die er ein jämmerliches, auf Einbein und Hochverrat aufgebautes Gebilde nannte.

„Hindenburg-Ausschuß“

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt an der Arbeit

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Sahm, ist seit mehreren Tagen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten, H. Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungsschichten in enger Fühlung stehen. Dr. Sahm wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der „Hindenburg-Ausschuß“ schon Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten dürfte.

Unternehmer-schutz-Gesetz

Beauftragt von den Kommunisten im Strafrechtsausschuß

In der gestrigen Sitzung des Strafrechtsausschusses gab es ein heftiges Zwischenpiel bei der Beratung des Paragraphen über leichte und schwere Körperverletzung. Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, einen neuen Paragraphen einzufügen, worin sie die „Körperverletzung durch Ausbeutung“ unter Strafe stellen, und zwar mit Gefängnis bestrafen wollten.

Der von den Kommunisten vorgelegene Paragraph war aber herart schlecht und unüberlegt formuliert, daß Wg. Landsberg (Goz.) mühsam nachweisen konnte, wie wenig er sogar den Wählern der Kommunisten selbst entsprach. Während die schwere Körperverletzung, die natürlich auch von einem Unternehmer ausgeht sein kann, in dem Gesetzentwurf unter Umständen mit Zuchthaus bestraft werden sollte, würde dem kommunistischen Antrag entsprechend ein solcher Unternehmer nur mit Gefängnis bestraft werden! Genosse Landsberg konnte daher diesem kommunistischen Antrag die Bezeichnung eines Unternehmerschutzgesetzes geben.

Der kleine Vorgang zeigt wieder einmal, wie oberflächlich die Kommunisten ihre Tätigkeit als Abgeordnete in solchen Fällen aufstellen.

Nationale Giftmischer

Künstliche Züchtung der Inflation

Am Sonntagmorgen fanden die Einwohner von Berlin-Grünow in ihren Briefkästen ein grünes Papier, auf dem in großen Lettern gedruckt zu lesen stand:

„Immer wieder laßt das Gespenst der Inflation auf! Englands Goldwährung geht in die Brüche! Hast du schon über die Zusammenhänge nachgedacht, Bürger der deutschen Republik??!“

Darunter offenbarte sich in Schamhaft wenig kleinen Buchstaben als Verfasser und Verbreiter dieses Handzettels — die NSDAP.

Zweck und Ziel derartigen Flugblätter liegt klar auf der Hand: systematische Züchtung einer Inflationssucht, aus der die Forderung der Agitation der Partei hervorgeht. Was können der Hitlergerichte die bösen Folgen, die für das deutsche Volk aus einer Währungsreform sich ergeben! Um der Agitation willen mit der Inflationssucht spielen — gibt es ein größeres Maß von Gemeinnützigkeit?

Belagerungszustand in Braunschweig

Das erlaubt sich Nazi-Minister Klagas!

Braunschweig, 27. Januar. (Eigenbericht.) In der Stadt Braunschweig ist angelehnt der am Donnerstag vorgefallenen Verdrängung des von Nazis erlassenen Reichsbürgergesetzes weiter der Belagerungszustand verhängt worden. Das Polizeipräsidium hat folgende Polizeiverordnung erlassen.

Das Stehenbleiben ohne ersichtlichen Grund, das mühsige Auf- und Abgehen und jedes Ansammeln von Personen auf Straßen, Wegen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ist verboten. Zusammenhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft, wenn nicht andere Gesetze ein höheres Strafmaß zulaufen.

Der Leiter des Polizeipräsidiums erklärte zu dieser Verordnung, daß die Polizei bisher zwei Augen zugedrückt habe, daß aber in Zukunft mit den schärfsten Mitteln durchgegangen werden solle und die Schutzpolizei entsprechende Anweisung habe.

Auslandsvertrauen und Hindenburg

Der Reichspräsident in den kommenden außenpolitischen Entscheidungen

München, 27. Januar. (Eigenbericht.) Ein großer Kreis bekannter bayerischer Persönlichkeiten hat folgenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl erlassen:

„Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungstragenden internationalen Verhandlungen ist mit bedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändler steht.“

Auf den Einfluß des gemäßigten Anspruchs, das der Name Hindenburg im In- und Ausland genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes; kein zweiter verdispert so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir stellen deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt noch weiter ausübt. Sein Ausscheiden würde schwere Kämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiß ist, würde den Weg für Zufallsmanipulationen frei machen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.

Vor 7 Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gebanens. Deutschlands Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu erheben. Die Reichserhebung steht die Volksmehrheit vor und damit die Kundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten. Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mit beeinflusst. Wir halten uns daher besorgt, den ersten Schritt zu tun. Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der wie kein zweiter Deutschland verdispert. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.

Unser Ruf ergeht an alle, ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechtes, des Bekenntnisses und der Parteien. Der Aufruf trägt die Unterschriften bekannter Persönlichkeiten der Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Presse und abtrichter Bürgermeister. An der Spitze steht der frühere Präsident des Reichsanzenes Sahm.

Oesterreichs Regierung zurückgetreten

Wiederkehr des Kabinetts Burechs?

Wien, 27. Januar. (Eigenbericht.)

Die Regierung Burech hat am Mittwoch ihre Gesamtdemission überreicht. Der Bundespräsident hat die Minister mit der Fortführung der Geschäfte und den Bundeskanzler mit den Verhandlungen über die Kabinettsbildung betraut.

Ueber die Gründe des Rücktritts verhalten, daß nach der mehrwöchigen Hege, die gegen die Regierung Burech, insbesondere aber gegen Schöber gerichtet war, die Christlichsozialen am Mittwoch den Rücktritt Schöbers als Außenminister verlangt haben. Burech hat daraufhin an die Großdeutschen die Frage gerichtet, ob sie dem Rücktritt Schöbers zustimmen würden, Schöber aber in der Regierung verbleiben und ein anderes Kabinett erhalten würde. Die Großdeutschen lehnten diesen Vorschlag ab.

Burech will ein Ministerkabinetts, bestehend aus Christlichsozialen und Landbüdnen, bilden.

Die Arbeitslosenversicherung

Änderung der Leistungen nicht geplant

In der rechtsgerichteten bürgerlichen Presse wird behauptet, daß ein radikaler Umbau der Arbeitslosenversicherung geplant sei und durchgreifende Maßnahmen in kurzem zu erwarten seien. Diese Nachricht ist falsch. An einer Änderung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung wird gegenwärtig weder im Reichsarbeitministerium noch im Reichsfinanzministerium gearbeitet. Am Reichsarbeitministerium ist lediglich eine Verordnung zur Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung fertiggestellt, die jetzt dem Reichstag zugegangen ist. Bei dieser Verordnung handelt es sich um organisatorische Maßnahmen, die auf Grund der Neuordnung vom 5. Juni 1931 getroffen werden und die den Vorstand der Reichsanstalt bereits im Dezember desjährigen heben.

Die Steuerdrückbergerei des deutschen Volkes Patriotismus und Eigennutz

England und Deutschland — ein lehrreicher Vergleich

Vom 1. Februar ab sollen wieder Verzugszuschläge bei unpünktlicher Steuerzahlung erhoben werden. Diese Verzugszuschläge waren im Juli vorigen Jahres in Höhe von 5 Proz. für den halben Monat eingeführt worden, weil sich ein großer Teil der Steuerzahler bei der Bankrott-Verfahrensmassnahme allgemeine Verweigerung machte und sich nach Kräften um die Steuerzahlung drückte. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember wurden die Zuschläge wieder aufgehoben, weil sie mit 120 Proz. im Jahr übertrieben hoch waren und weil man hoffte, daß die Steuerzahler auch ohne sie genügend Einnahmen würden, um die dem Staat zustehenden Zahlungen nicht ohne Grund zu verschleppen. Aber auch

heute, die kritische Zeit zu überwinden, nicht zu verzögern waren.“ Die „Steuerwart“ unterstreicht den beschämenden Gegensatz zwischen der Opferwilligkeit der englischen Steuerzahler und der jämmerlichen Drückbergerei der deutschen durch folgende Ausführungen: „Vergleiche man mit diesem wahrhaft patriotischen Handeln die Verhältnisse in Deutschland, dann muß man mit Wehmütze feststellen, daß sich hier der Patriotismus beim Steuerzahler ge-

rade mit umgekehrten Vorzeichen zeigt. In weiten Gebieten des niedrigen Landes weht die schwarze Fahne der Laubboll-Bewegung, unter der offen der Steuerhelfer proklamiert wird, die Kapital- und Steuerpflichtigen werden förmlich als Feinde des Vaterlandes gezeichnet, wenn sie ihre im Ausland verdienenden Millionen zurücklassen (ohne daß sie das aber tun), und die Finanzminister können sich vor Standungs- und Schandthaten kaum noch retten. Die einzige Gruppe, die ihren steuerlichen Verpflichtungen auch in der Notzeit redlich genügt und pünktlich nachkommt, sind die lohnsteuerpflichtigen Beamten, Angestellten und Arbeiter.“

Daß diese Ausführungen der führenden Steuerbeamtenzeitung nicht übertrieben sind — und schließlich müssen es die Steuerbeamten am besten wissen — beweisen die jetzigen Maßnahmen der Regierung. Wenn selbst das Reichsfinanzministerium, dessen hohe Bürokratie wohl und breit als beispielreudlich bekannt ist, aufs neue zu solchen Zwangsmaßnahmen gezwungen wird, dann muß die Steuerdrückerei des deutschen Volkes wahrhaft katastrophal sein.

Wieder aufgewärmte Lügen

CPD-Führer sehen sich zur Wehr

In einem abstrusen Wochenblatt, „Der Vorstoß“, werden einmal die alten Lügen aufgewärmt, daß hervorragende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und besonders der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ungeheure Einkünfte aus Renten und Pächten hätten, die sie nur auf Grund ihrer Parteistellung bekommen könnten. Die sozialdemokratischen Führer beziehen nach den Angaben dieser Zeitschrift riesige Summen und Lantienen aus Aufschlagsrenten, die sie einträglich neben ihren schlichten Familienangehörigen. Allein 220 Aufschlagsrenten befinden sich in den Händen bekannter Führer der Sozialdemokratie.

Dadurch, daß man diese Lügen, die seit langem von den Nationalsozialisten immer wieder ausgebreitet werden, wieder aufwärmt, werden sie nicht wahrer. Nicht 220 Aufschlagsrenten haben die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion inne, sondern insgesamt 32. Alle diese Renten sind Aufschlagsrenten in öffentlichen Unternehmen, in die die Zeiger der Partei als Aktienbesitzer in den demokratischen Reichstagsfraktion hineingekommen sind. Keiner der in dem obigen Blättchen genannten Abgeordneten hat einen eigentlichen Aufschlagrenten in einer privaten Gesellschaft. Die Erträge, die den Inhabern dieser Aufschlagrenten aus Lantienen zufließen, werden für politische und soziale Zwecke verwendet.

Gegen den Schriftsteller des „Vorstoß“ werden diejenigen Sozialdemokraten, die er namentlich genannt hat, auf dem Klagenwege vorgehen. Außerdem erhält er selbstverständlich von jedem einzelnen eine Berichtigung der unwahren Behauptungen seines Blattes.

Der Preisminister greift ein Gegen Brotpreissteigerung!

Roggen aus Reichsbesitz zur Niedrighaltung des Mehlpriees

Die Bäckermeister in Berlin und anderen Wirtschaftsgemeinden wollen den Brotpreis erhöhen. Während der Preisminister Dr. Goerdeler mit der Spitzenorganisation der Bäckermeister verhandelt, hat sich der Reichsernährungsminister in letzter Stunde am Mittwoch abends um 11 Uhr in Berlin die Roggen aus Reichsbesitz an den Roggenpreis unter 200 Mark halten und ein Steigen der Mehlpreise verhindern.

Es ist der Getreidestelle, die den Roggen anbietet, wohl gelungen, die Terminpreise für Roggen, also die Preise für Roggen, der im März bzw. April zu liefern ist, um 2 Mark pro Tonne zu drücken. Die Roggenpreise, die Preise für sofort greifbaren Roggen, haben aber nicht nach. Im großen und ganzen hat der Eingriff des Reichsernährungsministers seinen impositanten Eindruck gemacht. Ueber die Preisentwicklung selbst geben wir folgende Uebersicht:

2. Jan. 1932	27. Jan. 1932
(Berl. Produktenbörse in Mar.)	
Weizen pro Tonne	218—218
Roggen pro Tonne	185—187
Weizenmehl pro 100 Kilogramm	197—199
Roggenmehl pro 100 Kilogramm	28,25—32,00
	27,25—29,30

Die Preise sind ganz bedenklich gefallen, und zwar in einer Weise, die den Roggenproduzenten durchzuführen verlohnt und unter allen Umständen schon der psychologischen Wirkung wegen, verhindern muß, daß der Brotpreis, wenn auch nur um eine Kleinigkeit, ansteigt. Die Preisentwicklung ist aber recht natürlich. Die Dinge haben sich z. B. an der Berliner Börse so entwickelt, daß man von einem Roggenangebot durch die Landwirtschaft schon gar nicht mehr sprechen kann. Das Angebot bleibt fortwährend zu klein und wird auch bei sich bessenden Preisen nicht größer. Das braucht kein böser Wille der Landwirtschaft zu sein. Die Bandwurmepidemie mögen wohl hier und da zu einer Zurückhaltung geführt haben. Auch mag man schließlich in nächster Zeit mit höheren Preisen rechnen. Im Grunde genommen sind aber die Roggenbestände außerordentlich knapp, die Futtermittelpreise dagegen außerordentlich hoch. Die Landwirtschaft gibt den Roggen, weil sie die

hohen Futtermittelpreise scheut, lieber in den Viehtrug als in den Bäckertrog. Dazu hat die Schiefe Futtermittelpreispolitik geführt. Wir unterziehen das, um die Verantwortung festzustellen.

Daß die Bäcker ihre alte Verbiensspanne nicht behaupten können, versteht sich von selbst. Auch sie müssen in einer Zeit, wo die Rohstoffe und Gehälter höher sind, Opfer bringen. Andererseits muß man bedenken, daß sich die Inflationsgrundlage bei den Bäckern mit dem steigenden Mehlpreisen verschiebt.

Wir verstehen es, wenn der Reichsernährungsminister Dr. Goerdeler es ablehnt, auf die Preissteigerung der Bäcker nach einem höheren Brotpreis einzugehen. Wir halten es aber durchaus in der Ordnung, daß der Reichsernährungsminister den Reichsernährungsminister wahrheitsgemäß deutlich gemacht hat, daß endlich eingegriffen und den Produzentenhörsen Roggen, über den die Regierung verfügt, zugeführt werden muß.

Das ist in Berlin am Mittwoch zum erstenmal geschehen und soll auch am Rhein und in Mitteldeutschland in den nächsten Tagen vor sich gehen. Wie bereits gesagt, ist dem Eingriff des Reichsernährungsministers in Angebot und Nachfrage an der Berliner Börse am Mittwoch nicht viel Glück beschieden gewesen. Die Roggenpreise, auf die der Preis für Mehl, das der Bäcker verarbeitet, zurückgeht, haben sich fast wiederstandsähig gezeigt. Und das ist kein gutes Zeichen für die Zukunft. Wir müssen daran die Forderung, daß die Eingriffe des Reichsernährungsministers energischer werden, daß man größere Mengen von Roggen in den Produzentenhörsen zuführt, um den Markt wieder in Ordnung zu bringen.

Schließlich stehen sich in der Person des Preisministers und Reichsernährungsministers zwei verschiedene Bestrebungen gegenüber: der eine, eben der Preisminister, zielt auf eine Senkung der Getreidepreise hin und vertritt dabei allgemeine Interessen, während sich der Reichsernährungsminister davon leicht, möglichst hohe Roggenpreise zu erzielen, weil er eben die Interessen der Großlandwirtschaft wahrnimmt. In diesem Kampf wird natürlich das allgemeine Interesse liegen. Die ganze Preisentwicklung würde zur Folge, wenn die Bevölkerung in den nächsten Tagen eine Preispreiserhöhung hinnehmen müßte.

Verbrüderung beim Sekt

Stiller bei den rheinischen Industriellen

Düsseldorf, 27. Januar. (Eigenbericht.) Am Dienstagabend sprach Adolf Stiller in dem feudalsten Hotel Westdeutschlands vor dem Industriellen, einer Organisation der Eisen- und Stahlkönige und des bergbaulichen Langsam-Werks, über die Notwendigkeit seiner Partei und die Notwendigkeit ihrer Unterstützung durch die Unternehmer. Anschließend fand ein Essen bei Sekt und Gummert statt. Die gegenwärtig in Köln stattfindende Tagung des Deutschen Arbeitgeberverbandes unterbrach ihre Veranstaltung. In Gunterben von eleganten Limonaden führen die Industriellen des Ruhrgebietes von Köln nach Düsseldorf. Vor dem Vorhof hatten sich Tausende von Arbeitern eingefunden, die ihrer Embardung über den „Arbeiterführer“ und seine industriellen Verbindungen durch räucherische Zursicht Ausdruck gaben.

Die Suche nach dem englischen U-Boot M II

Das in der Nähe von Vorkland gesunkene englische U-Boot „M. II“ ist bisher noch nicht gefunden worden. 48 Mann und 6 Offiziere sind an Bord des Schiffes. Wenn auch das U-Boot in der Lage ist, 48 Stunden unter Wasser zu bleiben und wenn auch der Gauerstoffvorrat des Bootes für ungefähr die gleiche Zeit reicht, so macht man sich doch um das Schicksal der Besatzung ernste Sorgen.

Die Ausfahrt

M. II hat am Dienstagvormittag 10 Uhr den Hafen von Vorkland zu einer Übungsfahrt verlassen. Eine Stunde später wurde das Schiff von Veymouth aus zum letztenmal gesichtet. Dann stand das U-Boot noch einige Zeit mit dem Torpedoboot „Titanium“ in funktentelegraphischer Verbindung. Als in den frühen Nachmittagstunden alle Meldungen aufhörten, gab die Admiralität den Befehl, Nachforschungen nach dem Verbleib des U-Bootes vorzunehmen. In der Annahme, daß dem U-Boot etwas zugefallen sein müßte, wurde man beauftragt, als in den Abendstunden die übrigen U-Boote, die gleichzeitig mit M. II ausgefahren waren, nach Vorkland zurückzukehren.

Das vermisste U-Boot, das im Jahre 1920 in Dienst gestellt wurde, ist ein jener Großkampfbote, die auch bei Ueberwasseraktionen eine erhebliche Kampfkraft aufweisen. Ferner besitzt M. II als erstes U-Boot der Welt Vorkehrungen zum Transport von Flugzeugen. Der Kapitän von M. II ist Kapitänleutnant S. D. Beates.

Am Mittwochmorgen sind nach Tagesanbruch in Veymouth zwei Marineflugzeuge aufgestiegen, um das vermisste U-Boot zu suchen. Die Flugzeuge mußten jedoch unerrichteter Sache zurückkehren, weil die bewegte See keine Sicht bis auf den Meeresgrund gestattete. Ebenso wenig konnten Minenluder und die U-Boote H. 44 und H. 49, die das Meer mit modernen Unterwasserlinsen auslasten, bis jetzt eine Spur entdecken. Eine Werbung, daß der 100 Meter weite Tiefseeblick des U-Bootes durch die U-Boote in etwa 30 Meter Tiefe auf dem Grunde erblendet werden ist, scheint nicht zu bezweifeln. Vermutlich handelt es sich bei dem hier festgestellten Objekt um ein Wrack aus dem Kriege.

Das englische U-Boot „M. II“, das in der Nähe von Vorkland mit 33 Mann Besatzung untergegangen ist, wurde inzwischen aufgefunden. Eine Dose beschriftet mit Mittwoch die Stelle, an der das Boot auf dem Meeresboden liegt.

Die Sachverständigen bezweifeln, daß noch jemand von der Besatzung am Leben ist, oder daß die Hebung des Schiffes noch rechtzeitig gelingen könnte.

Labusen bleibt in Haft

Haftentlassungsantrag der Verteidigung abgelehnt

Bremen, 27. Januar. (Eigenbericht.) Die Justizprokessstelle Bremen teilt mit: In der Vorunternehmung gegen die Gebrüder Labusen hat die Strafkammer auf Grund der mündlichen Verhandlungen im Haftprüfungstermin über den von der Verteidigung gestellten Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Gustav Karl Labusen entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen, daß der Haftbefehl aufrechterhalten wird. Das Gericht hat den Verdacht, daß der Angeklagte Gustav Karl Labusen in der Nacht der Gläubigerbenachteiligung gehandelt hat (Konkursverbrechen), nicht als dringend erachtet, ihn dagegen hinsichtlich der Vergehen nach § 240 Abs. 3 der Konkursordnung und §§ 312 und 314 Ziffer 1 des Handelsgesetzbuches und § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug) befristet, ferner Finanzverbrechen auf der Stellung der von dieser Seite angebotenen Sicherheit, sowie Verdunkelungsgefahr als fortbestehend annehmen.

Berurteilter Nazi-Redakteur

Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Mittwoch der Redakteur des nationalsozialistischen „Angriff“ Otto wegen Beleidigung von Mitgliedern des Berliner Bürgerversammlungsamtes zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Verleumdungskunst der Nazis

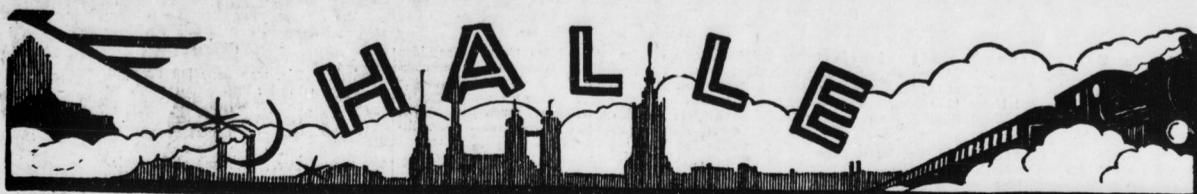
Drei Monate Gefängnis für einen Dörfing-Beleidiger

Frankfurt a. M., 27. Januar. (Eigenbericht.) Der Naziwanderevangelist Guntz-Überlingen wurde wegen Verleumdung des Reichsministers für den öffentlichen Gesundheitswesen durch den Schöffengericht Marburg an der Saale zu 3 Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Guntz hatte im Oktober vorigen Jahres mit Prinz Ludwig in einer Verleumdung in Marburg den früheren Oberpräsidenten Höfing einen Walfisch-General genannt, der mit zu ihnen gehöre, die aus der Republik einen Unfall gemacht hätten. Die Nationalsozialisten würden den Stall schon ausmisten und die Säue vertreiben.

diesmal haben die deutschen bestehenden Schäden das in sie geführte Vertrauen wieder schmächtig enttäuscht. Nach Aufhebung der Verzugszuschläge sind die Beitragsverhältnisse sofort derart sprunghaft zurückgegangen, daß die Regierung nichts anderes übrig blieb, als die Wiederherhebung der Zuschläge vom 1. Februar ab in Höhe von 1 1/2 Proz. für jeden halben Monat anzuordnen.

Der neuerliche deutsche Verfall verleiht sich hinter der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage zu verbergen. Das Reichsfinanzministerium teilt selbst amlich mit, daß keineswegs nur die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse für den schleppenden Steuerertrag verantwortlich zu machen sei, sondern „wie selbstgeheimlich ist, vielfach ausgeprägter Zahlungsunwilligkeit“. Und ein beispielreudliches Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ muß zugeben, daß die völlige Aufhebung der Verzugszuschläge offenbar in sehr erheblichem Umfange dazu beigetragen hat, den Steuerertrag zu vermindern. Gewissen Anzeichen der Geldverknappung bei Banken und Sparkassen sei der Schluss zu ziehen, daß der Reichsfinanzismus in nicht unerheblichem und untragbarem Maße gewissermaßen als ungeliebter Dämon in Anspruch genommen sei.

In welchem Gegenstand zu dieser erbärmlichen Steuerertragsverfallung des deutschen Volkes liegt die verantwortungsvolle Haltung des englischen Steuerzahlers! Auch in England sind die Kassen des Staates leer, weil die Wirtschaftskrise ebenso wütet wie bei uns und die Unterstützung der Arbeitslosen ebenso gewaltige Summen verschlingt. Deshalb hatte die englische Regierung vor Jahresfrist an die Steuerzahler die Auflockerung ergehen lassen, ihre Steuern freiwillig möglichst schon vor dem 1. Januar zu entrichten. In weitaus erheblichem Grade die englischen Steuerzahler dieser Aufforderung nachgegeben sind, geht aus einem Bericht hervor, den die letzte Nummer der „Steuerwart“, der Zeitung des Bundes deutscher Reichssteuerbeamten, entnehmen. Dort heißt es: „Der Aufforderung der Regierung, aus Anlaß der Finanzkrise drei Viertel der schuldigen Einkommensteuer, die am 1. Januar fällig war, schon vorher einzuzahlen, wurde in ganz England in ungewöhnlichem Maße Folge geleistet. Im ganzen Lande zeigte sich eine Reihe beachtenswerter Beispiele praktischer Vaterlandsliebe. Nicht allein, daß die Steuerzahler noch vor Öffnung der Amtskassen Schlangen standen, hatten die Kassenbeamten der Steuerämter in zahlreichen Städten alle Hände voll zu tun und waren teilweise bis spät in die Nacht hinein beschäftigt. Einige Steuerzahler haben nicht nur die Januarraten, sondern auch schon die 3 Quartale der Einkommensteuer beglichen. Schicks, die mit der Post eingingen, waren mit Glückwünschen versehen. In vielen Fällen verzierten Steuerzahler auf die Entlastung von Liebeszahlungen, andere widmeten freiwillige Geldspenden im Betrage von 15 Pence bis zu einigen hundert Pfund Sterling; sogar Juwelen und andere Wertgegenstände gingen dem Schatzamt zu. Die Steuerämter in London-Westend haben zu Neujahr fünfzehnhundert Pfund vereinnahmt als zur gleichen Zeit im Vorjahr. In Bristol haben rund 10 000 Personen die Januarrate der Einkommensteuer noch vor dem Fälligkeitstage beglichen. Mit weiten überwiegen die Beamten die gute Stimmung der Steuerzahler. Die Steuerämter konstataren, daß seit dem Wehrliche beträchtliche Rundgebungen der öffentlichen Einkommen-



100 000 Mark Fehlbetrag trotz Bürgersteuer-Verdoppelung und Getränkesteuer-Einführung

Gas- und Strompreisermäßigung wird nicht durchgeführt

Steigerung der Wohlfahrtslasten und Rückgang der Steuereinnahmen veranlassen die Stadtverwaltung zur Anwendung dieser kapitalistischen Sanierungsmethoden

Die Finanzlage der Gemeinden ist katastrophal. Die Großstadt Dortmund steht nicht bereitwillig da mit ihren Schwierigkeiten, das Geld für Löhne, Gehälter, und — was noch wichtiger ist — für Wohlfahrtsunterstützungen zu beschaffen.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 16. November v. J. machte der Magistrat den Stadtverordneten davon Mitteilung, welche Maßnahmen er — kraft der ihm durch Rotverordnungen erteilten Ermächtigung — zur Sicherung einer geordneten Fürsorge ergreifen hat.

Dr. Klotz spricht doch! Dr. Klotz wurde gestern Abend sofort für eine Wiederholung der Beschlüsse am 9. Februar nach Halle verpflichtet. Die Versammlung wird im Hallenser-Konstituieren, wo die Vaterländische nicht zugetragt sind, das es nochmals zu einem bezüglichen Terror kommen kann.

während die erwähnte Vorlage des Magistrats bekanntlich mit einem Defizit von 155 000 M. rechnet. Die Verschlechterung ist einmal darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Wohlfahrtsberechtigten in Halle für den Winter 1931/32, als nach den früheren Berechnungen mit dem Winter zusammen genommen wurde, zum anderen aber darauf, daß die Steuereinnahmen und privatrechtlich-schätzlichen Erwerbsverluste hinter den berechtigten Ansätzen noch zu rückblieben.

Die Zahl der Erwerbslosen in Halle ist es von 7847 am 1. Januar 1930 auf 21 106 am Schluß des Jahres 1931. Der prozentuale Anteil der Wohlfahrtsberechtigten an der Gesamtbevölkerung der Stadt ist in dieser Zeit von 11,9 auf 42,7 Prozent. Von den Gesamtkosten der Wohlfahrtsfürsorge wurden vom Reich und der Reichsanstalt getragen:

im Dezember 1929: 86,9 Prozent, 1930: 62,5 Prozent, 1931: 51,5 Prozent; demzufolge steigerte sich die Belastung der Stadtgemeinde Halle von 13,1 auf 37,5 und schließlich Ende Dezember auf 48,7 Prozent.

Nach den Feststellungen vom 31. Dezember 1931, wobei die Erleichterungen der Rotverordnung vom 8. Dezember voll berücksichtigt worden sind, ergeben sich zudem noch folgende ins Gewicht fallende

Neue Ausblicke ins Dritte Reich

Fanatisierte Nazierewohns terrorisieren auf Parteibefehl in ungläublicher Weise republikanische Jugendorganisationen - Die polizeilich aufgelöste Klotz-Versammlung wird wiederholt

Gestern Abend veranstaltete die sozialistische und republikanische Jugend Halle unter dem Motto 'Jugend in der Eisernen Front' im 'Hofläger' eine öffentliche Versammlung, in der der ehemalige Abtutant Hilbers, Dr. Klotz, über die Stellung der Jugend in der Eisernen Front sprach.

auch ihn mit aller Entschiedenheit zu führen wissen. Herr Garmowski münzte, als von der Versammlungsleitung bekanntgegeben wurde, daß die Nazis bei der Veranstaltung Sprengung erhalten haben, den Lobstisch. Die ersten drei Leute, darunter Garmowski selbst, mußten nacheinander den Saal verlassen.

Veränderungen im ordentlichen Haushalt:

Table with 4 columns: Bezeichnung, Betrag nach dem Haushaltsplan 1931, tatsächlicher Betrag 1931, Ungültiger gegenüber dem Haushaltsplan 1931. Rows include: Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsfinanzen, Gemeindefinanzen, Ausgaben der Werke der Stadt Halle AG, Sonstige Einnahmen (Stadttheater, Zoo, Faber, Krieten, Schulgebäude uhm.).

Die Bürgersteuer bringt flakt bei erhofften 1,8 Millionen nur 1,5 Millionen M. ein, auch bei der Getränkesteuer ist ein nicht unerheblicher Rückgang zu erwarten.

Die Führer waren selbst gekommen, um die Ausführung ihres Befehls genauestens zu überwachen. Dann der energischen Führungsführung war es in geschlossenen Formationen erschienenen A. Novodys jedoch nicht möglich, ihren Befehl durchzuführen.

Der Hinweis auf den 'Marxistennot' entlockte dem anwesenden Klotz Mitglied Brabe- und Peltrau.

Die Nazis, fuhr Dr. Klotz fort, haben sich aber verrechnet, wenn sie meinen, daß die 10 000 marxistischen Funktionäre die Klotz einfach so hinhalten werden. Wieder erbot sich ein wahnwitziger Zumult. Weitere Störenfriede wurden hinausgewiesen.

Ein Soldat der Arbeit

Der letzte Weg Hermann Döls'

Immer neue Scharen von Menschen drachten gestern nachmittags Straßenbahn und Autos; sie alle warteten zum Krematorium auf dem Grenzentrusthof. Männer aus der Werkstat, alle Kampfgesellen, die ihrem Freunde und Kämpfer Hermann Döls die letzte Ruhe erstatten wollten.

Sie überließen in der ersten Etage des Saales einige Jungkommunisten. Für Minuten saßen Stühle, Biergläser und Kaffeetassen auf dem Fuß. Mehrere Reichsbannerleute wurden verhaftet. Ein Nazimann, den man wegen seiner Gelassenheit, der Reichsbanneruniform ähnlichen Hosen für einen von der 'anderen Seite' hielt, erhielt, nachdem er bereits ein Bierbeidel an den Kopf bekommen hatte, von seinen eigenen Leuten einen Schlag mit einem Stuhl.

Die Polizei griff sofort ein. Zur dem Plan blieben einige verhaftete Reichsbannerleute und der von seinen eigenen Leuten erheblich verletzte Klotz.

Obwohl nach dem Auszug des größten Teils der Nazis die Gewahr für den weiteren ruhigen Verlauf der Versammlung gegeben war, löste der Polizeiführer die Versammlung um 20.35 Uhr wegen Unfriedlichkeit auf.

Ueber den Verlauf der Versammlung ist kurz folgendes zu berichten: Nach einem Fanfarenmarsch der SA, ergiff Dr. Klotz von den Republikanern lebhaft begrüßt und von den Nazis mit Wut und Geben empfangen, das Wort. Schon seine ersten Worte gingen in dem wüsten Geschrei der Nazis unter.

Die Terrorisierung der Versammlung durch die SA-Leute ist wohl der unverschämteste Versuch der faschistischen Herrschaft, der je in einer öffentlichen politischen Versammlung in Halle möglich war.

Wir wünschen, so fuhr Dr. Klotz fort, den feindseligen Kampf! Weder aus der Kampf der Gewalt aufgegeben, so werden wir



AD. Agitation im mitteldeutschen Bergbau Über AD-Schwindel verfangt bei Kumpels nicht

Seit Wochen entfaltet die AD in der kommunikativen Presse und den Betriebszeitschriften eine große Propaganda zur Entfaltung eines Streikes im mitteldeutschen Bergbau. Umfangreiche Artikel und diese Schlagzeile sollen der Öffentlichkeit vorzuführen, welche wichtige Rolle die AD und AD in Bergbau spielt. Wenn man die Zünge der Arbeiter als Maßstab anlegen würde, könnte einem insofern der Gedanke kommen, daß die AD in den Bergbaukreisen das Wort in der Hand hätte. Aber wie so oft, ist diese ganze Propaganda nichts anderes als blühender Mist, den in den Betrieben Mitteldeutschlands niemand mehr ernst nimmt. All die Aufzüge und Konferenzen, die Bildung von sogenannten Kampfausschüssen in den Betrieben haben es nicht vermocht, daß auch nur in einem einzigen Betriebe den Sirenengefangenen der AD ein Kumpel gefolgt wäre. Wenn im „Massenkampf“ von „Streikerfolgen im Bergbau“ in den letzten Wochen berichtet wurde, dann ist das aufgeflogene Schwindel. In fast allen Veranlassungen, die von der AD einberufen waren, herrschte schändliche Verwirrung. Die wenigen Besucher, die erschienen, legten sich aus Erwägung der Familienmitglieder zusammen. Man trieb den Schwindel so weit, daß man

hiese Betriebsrat und Vertreter der Versammlung allerlei Unfug vor. Als man zur Wahl des Kampfausschusses schreiten wollte und Vorschläge gemacht werden sollten, erklärten verschiedene Veranlassungen, das könne man nicht machen in der Öffentlichkeit, sondern das müßte man geheim machen. Danach zu urteilen ist der Mut der AD-Lente zur Abwehr der Stellung von „Waltershoffnung“ nicht allzu groß. Auf der Grube „Dora und Helene“ mußte das AD-Betriebsratsmitglied nichts weiteres zu tun, als der Entlassung eines freigezwungenes Betriebsratsmitgliedes zuzustimmen.

Fast zwei Jahre hat die Werksleitung in erbittertem Kampfe versucht, diesen Freigezwungenen aus dem Betriebe zu entfernen, ohne daß es ihr gelang. Erst mit Hilfe des AD-Betriebsrats wurde dieser bald fähigste Arbeiter drohend gemacht. Die mitteldeutschen Bergarbeiter sind viel zu sachlich denkend und gefolgt, als daß sie auf die Rattenfängerelnden der AD hereinfallen. Sie holen sich ihre Auffassung bei den Gewerkschaften in der Überzeugung, daß nur diese ihre wirkliche Interessenvertretung sind.

Durchschnitt durch das Dritte Reich

Die Organisation ist die Seele von Nationen. Im Dritten Reich darf man nicht aus der Reihe tanzen. Alle Gatten werden von der „Reichsregierung“ erfährt: Vorschrift: Pro Ehe vier Kinder; mit Rüstungsfähigkeit: Sobald sie laufen gelernt, müssen alle Söhne der Nation — made in Italy — angehören. Die darauf folgende Dienstpflicht umfasst in erweiterter Weise die ganze Bevölkerung, von Säugling bis zum Greise — und alles macht freudig begeistert mit. Der nächste Schritt betrifft die geistige Erziehung der Massen: sie wird dem „Angriff“ unter der bewährten Leitung des Vg. Geobels überlassen, besorgt für seinen gegebenen Stil — Als großes Ziel ist außerdem nicht aus dem Auge zu verlieren: die Volkserziehung in einheitliche Bahnen zu führen. Durch namhafte Wissenschaftler wird festgestellt, daß Dörfergemeindegemeinschaften die Volkserziehung erhält (das wurde schon einmal, im Kriege, bewiesen). Wenn man mit diesen großen Aufgaben fertig ist, dann geht man an andere Dinge ran. Denn jammert man erst mal gewaltig Kraft zur Erziehung der hundert Tausendfachen, Nebenbei gesagt, eins von den schwierigsten Dingen, und nur in gemeinsamer Arbeit mit Schwestern, Böglern und den übrigen Herren Geistes der Danks und Schwermut zu bestrimmen. Zum Schluß, nachdem man viel Tinte verossen und mit dem „Arbeitsbuch“ einen ewigen Frieden geschlossen, legt man als Symbol an Stelle des alten Reichs Adler und Wapp, die Zeichen der Macht im Dritten Reich — Heil.

Hilfer gegen Hindenburg

Hilfer wird Professor und Präsidialratsmitglied bei Hindenburg. Ein rechtsstehendes Berliner Morgenblatt meldet, daß während von deutschnationaler Seite in den letzten Tagen eine Sammellandabteilung angestrebt worden sei, neuerdings die Person Hilfers als Präsidialratsmitglied für die Nationalsozialisten und Deutschnationalen im Vordergrund stünde. Der Mangel der fehlenden Staatsangehörigkeit Hilfers soll dadurch überbrückt werden, daß der Münchener Parteipapier zum außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt wird. Die Beamtenenschaft bringt demnach ohne weiteres die Staatsangehörigkeit mit sich.

Der Judenkaifer

Monarchismen gegen „Rassenordnung“ zu den heftigsten Angriffen einer übergeschwängelten „Rassenforschung“ gehört es, die teilweise jüdische Herkunft der Familie Hohenzollern „wissenschaftlich“ nachzuweisen. Mit einem Buch dieser Art beschäftigt sich in der „Kreuzzeitung“ der Major a. D. Curt von Gule in sehr aufgeregter Weise. Dieses — übrigens schon alte — Buch mit dem Titel „Semi-Imperator Wilhelm II.“ bemüht sich um den Nachweis, daß die unheilvolle Rolle, die die Hohenzollern im Leben des deutschen Volkes spielten, auf den jüdischen Einfluß in ihrem Blut zurückzuführen sei. Insbesondere will es die Reizstoffe des Exaltierten aus seinem „jüdischen Wahnwitz“ erklären. Das antimilitärische Werk gegen die Hohenzollern wird von nationalsozialistischen Buchverlegungen vertrieben. Das gibt dem königlichen Major Anlaß zu bemerken: Wenn die jetzt so einflussreiche nationalsozialistische Partei weiterhin die Rückkehr der legitimen Monarchie ablehnt oder ihr mindestens gleichgültig gegenübersteht, so verschüttet sie den Weg zu ihr immer mehr. Herr von Gule preißt das „echte Königtum der Hohenzollern“, um dann schmerzbeengt auszurufen: Wie schlecht pflegen und schützen die Rechtstreue die Erinnerung an es, die wichtigste Reimselle zur bereinigung Wiederherstellung! Wenn selbst die Rechtstreue in ihrer Begeisterung für die Monarchie so außerordentlich gemäßig sind, so muß das seine Gründe haben. Und es hat sie ja. Denn schon hört der königliche Major im Geiste den Einwand: Gut, wird man erwidern, meinetwegen die Hohenzollern, aber Wilhelm II. . . Worauf der königliche Major sich selber schlagerlich erwidert: Selbst wenn der Kaiser unzulänglich gewesen wäre, so ist für Monarchie eine seine Ablehnung doch unstatthaft. . . Es ist von dem königlichen Major von Gule überaus fremdschamig, daß er den Reichsmonarchismus — das sind schätzungsweise 99 von 100 der lebenden Deutschen — gefastet, Wilhelm II. wegen II unzulänglichste abgulehnen. Dies scheint uns viel wichtiger als die Frage nach der tatsächlichen Herkunft. Für die Entfernung des „Semi-Imperators“ aus den nationalsozialistischen Buchverlegungen wird gleich P. A. W. folgen — wenn er nicht zuvor als „Judenkaiser“ aus der Partei ausgeschlossen wird!

Erfolge der Gewerkschaften einfach in Folge der AD.

II. a. berichtet der „Massenkampf“, daß auf dem Ralmert „Strügerhof“ durch ihren Widerstand eine Gehaltssteigerung abgelehnt worden sei. Tatsächlich haben die organisierten Arbeiter durch den Verband der Bergbauarbeiter in langwierigen Auseinandersetzungen mit der Werksleitung und dem Arbeitgeberverband die von der Werksleitung angeordnete Gehaltssteigerung rückgängig machen können. Wie die Bergarbeiter über das ganze Geschick der AD denken und wie sie zu der Streikparole und der Wahl von Kampfausschüssen stehen, haben die letzten Veranlassungen mit aller Klarheit bewiesen. In der großen Belegschaftsversammlung der Grube „Altona“ hatte ein AD-Vertreter versucht, seinen allzu bekannten Schwindel an den Mann zu bringen. Aber alle Veranlassungen der Gewerkschaften, alle Aufzügen zum Streit haben nichts geschadet. Die Entschliebung, die von ihm der Belegschaftsversammlung von 800 Mann vorgelegt wurde und die Bildung von Kampfausschüssen vorschlag, fand in der Versammlung keinerlei Zustimmung.

Nicht ein einziger der Veranlassungsteilnehmer gab seine Stimme für die Entschliebung ab.

Aus diesem Ergebnis macht der „Massenkampf“ in seinem Bericht eine einseitige Annahme der Entschliebung. Von der Belegschaftsversammlung der Grube „Waltershoffnung“ bei Oberböhlen berichtet der „Massenkampf“ ebenfalls die Wahl eines Kampfausschusses zur Abwehr der Vorkursprüfung, die die Werksleitung auf „Waltershoffnung“ beabsichtigt. II. a. wird darin behauptet, daß der Betriebsratsvorsitzende Näher sich in scharfer Weise gegen die Gewerkschaften ausgesprochen habe und selbst dem Kampfausschluß angehört. Dieser ganze Bericht ist von II bis 3 erlogen. Von einer Belegschaft von über 500 Arbeitern wären insofern 25 in der Versammlung erschienen. Der Referent der AD, Landtagsabgeordneter Schlag, war nicht erschienen. Statt dessen stützte der frü-

Operegemeinschaft Halle-Leipzig?

Es würde Halle keine finanziellen Vorteile, aber kulturelle und wirtschaftliche Nachteile bringen.

Einer Aufschrift vom Wirtschafts- und Verkehrsverband Halle entnehmen wir folgende beachtlichen Ausführungen:

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben das Projekt der Operegemeinschaft Leipzig-Halle als einen Plan hoher kommunalpolitischer Eindeutigkeit bezeichnet, der es gelte, die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern. Sie haben den Versuch begrüßt, weil damit „eine Untergrundkammer und ohne langwierige Applikationen neue Wege und Auswege“ gesucht würden. Nach genauer Prüfung über wirtschaftlichen Folgen, die dieser Plan für Halle mit sich bringen würde, kann man nur sagen, daß damit wohl ein Ausweg für Leipzig, jedoch kein Weg für Halle erschlossen wird. Halle würde nach Ansicht des Gemeindevorstandes der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sämtliche Ausgaben für Orchester und Ensemble einplanen und außer höheren künstlerischen Leistungen noch ein beträchtliches finanzielles Plus erzielen. Diese Behauptungen sind in vollen Umfang und in allen Einzelheiten vollkommen aus der Luft gegriffen. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Folgen dieses Planes sind bisher nur andeutungsweise worden, obwohl sie heute noch die Aufmerksamkeit verdienen. Der Pressliche Etat hat dem Lebensmüll der Stadt bisher stets Rechnung getragen. Es wäre deshalb gefährlich, Maßnahmen zu fördern, die Pressliche den Gehalten bringen könnten, in Halle würde man das Entgegenkommen nicht zu schätzen und sei nicht bereit, die Einrichtungen weiter zu fördern, die entsprechende Voraussetzungen für die Entschliebung der Regierung waren, obgleich der gesamte kulturelle nur ein Sechstel oder 1,7 Prozent des gesamten Haushalts ausmacht. Durch eine Operegemeinschaft mit Leipzig, die aller Voraussicht nach nicht ohne Folgen auf anderen Gebieten bleiben wird, würde der erste Stein aus dem Gefüge des kulturellen Lebens der Gemeinde herausgerissen werden, der noch dazu an einer statisch besonders wichtigen Stelle des gesamten Bauwerkes liegt.

Man mag in wirtschaftlichen Fragen der Landesplanung, des Kanalbaus, der Entwässerung und allen damit in Zusammenhang stehenden hygienischen Fragen mit einer beachtlichen Zusammenarbeit. In kulturellen Fragen bedeutet die Zusammenkunft zweier Städte den Verzicht der selbständigen Lebensgestaltung, die sich selbständig in der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit bei dem Operativen erproben zu erziehen, ist unmöglich zu bemerken. Den bisherigen Ausgaben für die Oper in Höhe von 291 700 M. in laufenden Rechnung und 46 000 M. für Solo-Opern, Verkleinerungen, Agentenprovisionen, Instrumentengebühren u. dgl., also ins-

gesamt 338 000 M. für die neunmonatige Spielzeit, stehen in Zukunft 200 000 M. gegenüber, die an den Leipziger Stadtadel zu bezahlen sind. Hierbei sind die Gehälter für das technische Bühnenpersonal, für Beleuchtung und Heizung des Theaters, für die Unterhaltung des Gebäudes und andere, auch nach der Verwirklichung des Planes weiterzulebende Ausgaben nicht berücksichtigt. Da die hierdurch entstehenden Unkosten bestritten werden müssen, gleichgültig ob die Oper in eigener Regie weitergeführt wird oder ob Leipzig Gastspiele gibt, können sie für die Folge außer Anschlag bleiben. Demnach scheinen 138 000 M. gefordert werden zu können. Daß diese Rechnung ein Loch hat, beweisen folgende Gründe: 1. Bei einer angenommenen täglichen Einnahme von 3 500 M. bei einem gutbesetzten Hause, würden in Zukunft nicht mehr 3500 M., an die Stadtkasse, sondern nur 1700 M. plus 60 Prozent von 1800 M., mithin 2800 M. abgeführt werden. Die nach Leipzig wandernden 900 M. haben bisher ganz belegen, die Ausgaben auszugeben zu helfen. Bei einer unter 1700 M. liegenden Einnahme werden sehr wahrscheinlich aus allgemeinen Mitteln Zuschüsse geleistet werden müssen. 2. Leipzig will nur dreimal in der Woche musikalische Werke aufführen. Die Statistik des Stadtheaters liefert den Nachweis dafür, daß durchschnittlich in der Woche bei 5/6 Aufführungen musikalische Darbietungen eine mehr oder minder große Rolle gespielt haben. Die Einnahmen beim Schauspiel sind allgemein erheblich geringer als die der Oper und der Operette, so daß auch aus diesem Grunde ein Verlust unvermeidlich ist. 3. Die Einnahmen aus der Vermietung des Orchesters werden in Zukunft fallen. Sie sind mit mindestens 10 000 M. anzusetzen und können bei einigem guten Willen in Zukunft noch erhöht werden. 4. Das Personal des Schauspieles müßte vergrößert werden, da in Zukunft mehr Schauspiel gegeben werden müßten. 5. Die Aufführung des Orchesters würde bedeuten, daß sechs Orchestermitglieder Pensionen bezahlt werden müßten und daß 25 Musiker Abfindungsansprüche in Höhe von je 2000 M. und 15 Musiker in Höhe von je 1000 M. geltend machen werden. Ohne die Pensionen entstehen schon dadurch bare 65 000 M. an unproduktiven Ausgaben. 6. Soweit sich sich jetzt übersehen läßt, müssen auch die großen Instrumente, die nicht regelmäßig gespielt werden und Leipzig transponieren werden können und die bisher einzelnen Orchestermitgliedern abgeben, angekauft werden, wodurch weitere 10 000 M. beansprucht werden. 7. Die Stadtgemeinde müßte 26 Wochen nach der Aufführung der eigenen Oper an die Mitglieder des Bühnenpersonals und des Orchesters vier Fünftel der Rufenföhre und wenige Wochen später die Wohlfahrtsfürsorge übernehmen. Wenn wir annehmen, daß jährlich 45 000 M. dafür nötig werden, rechnen wir leicht vorwärts.

Alle diese Argumente treffen ausschließlich die fiskalische Seite der Angelegenheit

Die schwerwiegendsten sind aber die wirtschaftlichen Folgen, die eine Operegemeinschaft für die Stadt in ihrer Gesamtheit mit sich bringen würde. Die 200 000 M., die nach Leipzig wandern, können in Halle nicht mehr umgelegt werden. Berücksichtigt man, daß allein im Durchschnitt fünfmal umgelegt werden, so ergibt sich ein Umverteilung für die halle'sche Wirtschaft von mindestens einer Million Mark. Von diesem Umverteilung werden mehr oder weniger alle Hallenser, Arbeiter und Arbeitnehmer, betroffen. Es ist überflüssig, die möglichen Verluste hier einzeln aufzuführen, weil heute jeder weiß, wie die Säuge des Betriebes der Wirtschaft einbrechen werden.

Wenn ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt wird, so bleibt schließlich die Ruhe des Orches übrig, aus der es kein Erwachen gibt. Wir glauben nicht, daß sich die städtischen Körperschaften diesen Argumenten verschließen werden.

Filmzeile

Che m. b. S.

(Ritterhaus-Sichtspiele Halle.) Man ist das nun gerade nicht, daß der (hoffentlich) eine große Erfolg führt zu machen, wird geheizt werden. Aber nicht den Mann, den man liebt, sondern einen Strohhalm. Dabei „Che“ mit beschränkter Haftung“. Es soll Mühen geben, die solche Gedächtnisse pflegen. Das Geraten aus mit einem Strohhalm, ist leicht. Schmeier ist schon, diese (hoffentlich) wieder los zu werden. Vielleicht geht aber auch das in der Wirtschaft (schmeier, als im Film.) Diese Worte, einem Blütenfeld entnehmen, geben einigen blühenden Komikern alle Gelegenheit, ihre Talente zu zeigen. Wenn man den Film unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, verdient man sich mit ihm und amüsiert sich vornehm. Dann verzieht man, daß einige recht ungemütliche Szenen darin vorzukommen, sich zu begreifen, daß auch unter den Komikern einmal neue Gedanken auftauchen. Vor allem Sans Moeur als Strohhalm, einfach glänzend in seiner trocken, etwas beidarmig erdenn Mann. Dann Paul Worgan, das richtige, aufgeregt Verbant zu der aufschreienden Gestaltigkeit seines Komagans Georg Alexander. Schließlich entdeckt man auch noch Werner Meitner, recht schamhaft anzusehen, man hat ihn schon ganz vergessen gehabt. Ausgesprochen auch Rosa Valenti, weniger dagegen Charlotte Sufa, die hier etwas farblos erdenn. Fazit: Ein angenehmer Unterhaltungsfilm, an dem Symphonie herab, daß er nämlich ein einseitiges Gesicht zeigt, und der in den Einzelheiten seine Hauptrolle besitzt. Wie immer, ergänzt den Spielplan ein Programm mit der Wochenchau. ht.

Wandern und Reisen.

Soziales Wandern in der Dübener Heide

Von einer Schiffsmühle, dem Eisenhammer und einem Köhler

Weihnachten war wieder einmal gekommen. Die Straßen der Städte waren belebt von vielen arbeitslosen Proletariern. Aber wenig von christlicher Nächstenliebe war zu spüren. Um all die Sorge, das Geld zu beschaffen, um wieder neue Lebenskraft für den Daseinskampf zu sammeln, führen 12 junge Naturfreunde nach dem Sandjüngensheim "Dübener Heide".

Donnerstag und lauchend dampfte der Zug aus der Bahnhofshalle. Stille Landschaften wechselten mit Grün und Fabriken ab. Bald erreichten wir Bitterfeld.

Bitterfeld gleicht einem Polyp.

Die Schienenstränge sind die eisernen Fangarme der chemischen Fabriken. Hunderte, nein Tausende von Proleten werden tagtäglich von ihnen eingefangen. Ihre Kraft wird zum Wohle des international vertriebenen Kapitalismus verbraucht. Müde und gleichgültig werden sie am Schichtwechsel wieder ausgespiert. Niemanden haben ihre schwarzen, verbeizenden Rauchschleusen achtern, Wolken von Asche, Schwefelrauch, heißendes Gas, das sich die Grube, die uns Bitterfeld entgegenruft.

Nach einer halben Stunde Aufenthalt geht es weiter bis Burgemeinig. Von hier soll unsere nächtliche Wanderung

Um wenigstens den Lebensunterhalt zu verdienen, betreiben die Müller noch Landwirtschaft. Der alte Müller gerät uns, daß er genau so, wie wir in den Städten, den Kampf um das tägliche Brot führen muß. Uns trennt nichts mehr voneinander, wir alle müssen bereit sein, etwas Neues, Gerechtiges zu schaffen. Mit einem freundlichen "Guten Tag", in dem alle Hoffnung auf eine bessere Gesellschaftsordnung verborgen lag, trennten wir uns von dem Alten.

Am Abend gestalteten wir eine kurze Feuerstunde. Wir beteten dabei nicht unter proletarisches Bewußtsein, ehe wir zu den Schergen übergingen. — Unsere zweite Wanderung sollte dem Eisenhammer gelten. Der Schnee war schon getaut, die Straßen waren aufgeweicht, so mühten wir unseren Weg quer durch den Wald bahnen. Untermwegs trugen sich allerlei lustige Dinge zu. Wir stellten uns kurz die Chronik des Eisenhammers vor. Noch vor 50 Jahren war hier, wo der Wasserfall ist, eine Schmiede. Durch den Wasserfall wurde ein Wasserhammer betrieben. Die Schmiede ist abgebrannt, sie hätte schließlich auch der Entlohnung und der Erfindung des Dampfhammers Platz machen müssen. Später wurde ein Feuerheim gebaut, das von der Naturfreunde gepachtet wurde. Danach ging der Eisenhammer in die



bis zum äußersten verläßt der Sport. Energische, entschlossene Abwehr der faschistischen Hochflut ist die Forderung des Tages.

Stärke die Abwehrfront — tritt der Sozialdemokratie bei!!

Unsere Auskunft

(Unter dieser Rubrik werden von der Naturfreunde-Crs-Gruppe Halle-Süd auf Anfrage Reiseauskünfte und Wanderorschläge gegeben. Zuschriften an die Redaktion erbeten.)

Frage: Wir haben die Mühe, ihrer zwei eine kreisumtliche Bootstour mit einem fünf Meter langen Holzpaddelboot vom Halle über Magdeburg durch die Sand nach Ballin über die Spree bis Witten bei Bautzen und von dort mit Bahn nach Gohlftein, von hier aus abwärts bis zur Saale zu unternehmen. — Eine andere Tour war gedacht von Halle nach Hamburg hin und zurück.

Antworten:

Bootsfahrt: Havelsee — Spreemünd.

Fahrzeiten: Halle — Magdeburg 2 Tage; Magdeburg — Plauer Kanal — Brandenburg — Potsdam 4 Tage; Potsdam — Berlin — Rübben 3 Tage; Rübben — Spreemünd — Kottbus 4 Tage; Kottbus — Spremberg 1 Tag; Gütertransport des Bootes nach Dresden 1 Tag; Dresden — Saalemündung 3 Tage; Saalemündung — Halle 4 Tage.

Kosten: Transport des Bootes von Spremberg bis Dresden 5 Mk.; Fahrgeld pro Person 4 Mk.; Selbstverpflegung (3 Wochen) pro Person 30 Mk.; Schleunengel uf. pro Boot 2 Mk.

Die Bootsfahrt ist, da die Tour den größten Teil stromaufwärts unternehmen wird, ziemlich anstrengend. Die Fahrt über die Havel- und Spree ist sehr lohnend, jedoch ist die Durchquerung der Berliner Kanäle im Stadtbereich nicht interessant. Den Höhepunkt dieser Fahrt dürfte der Spreemünd bedeuten, der in seiner stillen Schönheit in Deutschland nicht noch einmal zu finden ist. Der Bootstransport mußte von Spremberg aus möglichst als Güter erfolgen, da sonst damit zu rechnen ist, daß derselbe drei bis vier Tage in Anspruch nimmt. Leber diesen Punkt müßte bei Expedition des Bootes in Spremberg die Güterschleppung nach festgestellt werden. Von Dresden bis zur Saalemündung hat man unbehinderte Fahrt. Saaleaufwärts ist es oft möglich, nach Halle folgende Dampfer kostenlos zum Schleppen zu benutzen.

Die oben angegebenen Reisetage und Kosten sind nur ungefähre Angaben und richten sich jeweils nach Kräften und Ansprüchen der Wasserwanderer.

Zeltzweigen wird in verschiedenen Forsten verlangt, man kommt aber auch ohne Zelt aus, wenn man darauf hinweist, daß man nur eine Nacht an der betreffenden Stelle verbringen will und außerdem fremd und ohne Ortskenntnis ist.

Bootsfahrt: Halle — Hamburg — Halle.

Fahrzeiten: Halle — Hamburg 7 Tage; Hamburg — Halle 14 Tage.

Kosten: Selbstverpflegung (3 Wochen) pro Person 30 Mk.; Schleunengel uf. pro Boot 2 Mk.

Die Saale-Elbe-Fahrt ist jedem, der dieselbe noch nicht unternehmen hat sehr zu empfehlen. Die Kosten sind niedrig, da nur die Saale-schleifen benutzt werden, die Elbe hat bekanntlich keine Staufen auf dieser Strecke. Die einzige Schwierigkeit besteht für den Anfänger in der Elbeschiffahrt. Es ist darauf zu achten, daß man nicht zu dicht an die Dampfer und Schleppfähre heranfährt, da oft sehr beachtliche Wellen dem Boot entgegenrollen. Das Gleiche gilt für den Damburger Hafen.

Für die Fahrt auf der Saale gehört unbedingt eine gut funktionierende und sich leicht öffnende Sperrboje, ein wasserdichter Behälter, ein Zelt mit wasserdichter Bodenbede, Kochapparat und für jeden Fahrer wasserdichte Bekleidung.

Für das Wasserwandern im allgemeinen ist es notwendig, daß jeder schwimmen kann.

Bei der Rückfahrt ist es vielfach möglich, nach der Saale fahrende Schleppfähre zu benutzen, wodurch viel Zeit gespart werden kann. Das Anhängen darf natürlich nur bei Genehmigung des Schiffers und immer nur von hinten an den letzten Kahn erfolgen, da man sonst leicht Gelegenheit hat, den Schleppzug „von unten“ zu betreiben.

Die Ufer der Saale und Elbe bieten überall sehr gut Befestigungsmöglichkeiten. Man ist, wenn man ein dichtes Zelt hat, nie auf Benutzung von Gasthäusern angewiesen.



Was es bei uns dieses Jahr wahrscheinlich nicht mehr gibt: Eine Winterlandschaft.

(Partie aus den bayerischen Alpen bei Garmisch-Partenkirchen.)

beginnen. Durch eine alte abgebrannte Fabrik, die uns wieder an das Los des Proletariats erinnern läßt, geht es hinaus ins Freie, in den winterlich herrlichen Wald. In munterer Stimmung marschieren wir in 3/4 Stunden nach Dübene.

Vom Sandjüngensheim führte unsere erste Fahrt nach einer alten Schiffsmühle bei Düben. Untermwegs wurde eine halbtägige Jugendgruppe mit einer Schneeballschlacht empfangen. An der Schiffsmühle wurde gerade eine Reparatur vorgenommen, die Wasserräder wurden erneuert. Der Müller, ein 60 Jahre alter Mann, war freundlich gegen uns und erklärte uns seinen Betrieb. Der Antrieb der Mühle wird auf eine recht primitive Art hergestellt. Die Kraft des Wassers wird durch Holzröhren auf Holzlagern auf die Mühlsteine übertragen. Der Antrieb befindet sich auf einem Schiff, die Mühle selbst auf dem Lande. In der Mühle sah es nicht so primitiv aus, dort wurde schon mit einem Elevator gearbeitet. Die moderne Technik hat auch den Wind- und Schiffsmüllern schon zum Teil Arbeit und Brot genommen. Große Kaffeebohnen kommen aus der Stadt und holen das Getreide vom Bauer in die Motormühlen der Stadt. Hier wird das Getreide schneller und billiger mahlen. Früher hatte jeder Müller seinen Gesellen und einen Lehrling, doch

heute reicht die Arbeit kaum für einen Mann.

Verwaltung der Allgemeinen Deutschen Gesellschaft für Ferien- und Erholungsbeime, Sitz Jena, über. D. Red.)

Am dritten Tag war die Zeit bis zum Abmarsch jedem einzelnen freigestellt. Einige spielten Fußball, andere machten einen Spaziergang. Gleich nach dem Mittagessen ließ es einen Zeltlager zur Heimfahrt, froh und heiter ging's nun dem Abgangsbüchsen zu. Untermwegs besuchten wir noch einen Köhler. Er war gerade dabei, dem Meiler neues Feuerwerk zuzuführen. Wir erkundigten uns nach dem Aufbau und der Brennauer eines Meilers. Der alte Köhler erklärte uns, zum Aufbau eines Meilers benötigen er und vier Arbeiter einen vollen Tag. Am zweiten Tag wird der Meiler angefeuert, nur muß er vier Tage brennen. Doch stets muß eine Wache dabei sein, damit der Meiler nicht ausgeht. Wenn der Meiler durchgebrannt ist, wird er abgeworfen und die Holzbohlen werden gelöscht. Nun sind die Holzbohlen fertig zum Verladen.

Für die ganze Arbeit an solch einem Meiler gibt es 15 Mk. Wir verabshiedeten uns von dem Köhler und fuhren wieder nach Dörfen in die Großhald mit ihrem eintönigen Grau der Arbeitslosigkeit. Wir haben uns auf unserer Fahrt nicht nur ausgetollt, sondern haben auch neues Wissen mit nach Hause genommen.

Naturfreundejugend Halle-Süd.

Neues Naturfreundehaus in Garmisch-Partenkirchen

Zu den schönsten deutschen Landschaftsgebieten gehört unbestritten das Wettersteingebirge mit seiner gewaltigen Bergwelt. Jeder Wanderer trägt den Wunsch in sich, dieses bisgeregnete Gebiet auch einmal zu schauen, und viele Wanderer aus den westlichsten Kreisen wählen sich deshalb Garmisch-Partenkirchen als Urlaubsziel und als Ausgangspunkt für Bergwanderungen in das Wettersteingebirge. Es war seit langem als Mangel empfunden worden, daß die Naturfreunde an diesem wichtigen Ausgangspunkt noch kein eigenes Haus besitzen. Dem ist nun abgeholfen worden durch die Schaffung des Naturfreunde-Erholungsheims „Edelweiß“ in Garmisch durch die Reichsleitung der deutschen Naturfreunde-Reichsgruppe. Das neue Haus ist bestens eingerichtet, mit einer Anzahl Zimmer, elektrischem Licht, Zentralheizung und sonstigen Bequemlichkeiten versehen, ganzjährig bewirtschaftet und bildet auch zur Ausübung des Wintertourismus eine angenehme und billige Unterkunft. Anfragen sind zu richten an: Naturfreunde-

Erholungsheim „Edelweiß“, Garmisch-Partenkirchen, Martinswinkelstraße 17.



Bereins-Kalender

Der Osterbaum der G.P.D., ...

Halle. Der Nach der Sabinnen ...

aus dem Bezirk. ...

Hierberg. Freitag, den 29. Januar ...

Gebensleben. Freitag, den 29. Januar ...

Orzberg. Alle Parteimitglieder treffen sich ...

Carbtha. Samstag, den 30. Januar ...

Hierbich. Samstag, den 30. Januar ...

Wintzsch. Samstag, den 30. Januar ...

Geis. Sonntag, den 31. Januar ...

Rein Schöndorf. Sonntag, den 31. Januar ...

Stauden billig. ...

Wohnz. Einwohn. ...

F. E. M. ...

Friedrich Ey ...

Eilenburg-Torgau ...

Fitzen ...

Wer bei Fitzen kauft, spart Geld ...

Herrn-Anzüge ...

Herrn-Mäntel ...

Ernst Sitte ...

Preiswert und gut ...

ROST, Torgau ...

Stadttheater

Freitag, 29. Januar ...

Koch's ...

Ufa-Theater ...

Henny Porten ...

Luise ...

Mod. Couches ...

Mod. Sessel ...

Chaiselongues ...

Stauden billig ...

Wohnz. Einwohn. ...

WALHALLA

Zugig 8 Uhr: Hohheit tanzt Walzer ...

Café Freischütz ...

Koch's ...

Ufa-Theater ...

Henny Porten ...

Luise ...

Mod. Couches ...

Mod. Sessel ...

Chaiselongues ...

Stauden billig ...

Wohnz. Einwohn. ...

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ ...

„Empor zur Sonne“ ...

Neue Ausnahmungs-Preise bei S & F ...

zum Diannkuchen-Baden ...

Henny Porten ...

Luise ...

SCHADE & FULGRABE ...

Erzeugnisse der Nordsee ...

Schlafzimmer ...

Est Müller-Brot ...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ...

Reinhold Schulze ...

Hugo Schech ...

Butter ...

Margarine ...

Hammonia ...

Bruchheilung ...

J. Lewin ...

RUNDFLUK ...

Königsmusterhausen ...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ...

Reinhold Schulze ...

Hugo Schech ...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ...

Reinhold Schulze ...

Hugo Schech ...